

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telefax: 8 66 846 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 42

1. März 1985

Helmut Esters MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, belegt, das Wörners Gesetzentwurf über die Frühpensionierung sein Ziel verfehlt.

Seite 1

Wilhelm Nöbel MdB, Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, weist die Angriffe der Unionsparteien auf die medienpolitischen Positionen der Sozialdemokraten zurück.

Seite 3

Anke Martiny MdB analysiert die Vorbereitungen und Vorstellungen für die 750-Jahrfeier von Berlin.

Seite 5

Die Rüstungsindustrie reibt sich die Hände

Wörners "Frühpensionierung" gilt auch für die Hardthöhe

Von Helmut Esters MdB
Obmann der Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Recht verklausuliert, im Ergebnis aber eindeutig hat das Bundesministerium der Verteidigung jetzt bestätigt, daß die Vorteile aus dem Gesetz zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften nicht nur Offizieren zugute kommen können, die Dienst in der Truppe tun, sondern auch solchen, die beispielsweise im Verteidigungsministerium tätig sind. Denn: Auf eine entsprechende Anfrage von mir hat das Verteidigungsministerium mitgeteilt: "Die Anwendbarkeit des Gesetzes ist auf die Eigentümlichkeiten in der Laufbahn der Offiziere des Truppendienstes und nicht auf die Charakteristik einzelner vorübergehender Verwendungen, beispielsweise im Bundesministerium der Verteidigung, abgestellt."

Zielgruppe für die Frühpensionierung sollen, so hieß es bisher, die Kompaniechefs und Kommandeure der Bundeswehr sein, die - nach Auffassung der Bundesregierung - wegen



ihres Lebensalters für den Einsatz im Gelände et cetera zu alt sind. Tatsächlich aber bietet Wörners Gesetzentwurf auch der großen Zahl von Truppenoffizieren, die im Verteidigungsministerium - und nicht nur vorübergehend - arbeiten, die Möglichkeit, frühzeitig in den Ruhestand und vor allem in eine neue attraktive Tätigkeit zu wechseln.

Damit wird es im Bundesministerium der Verteidigung eine neue "Klassengesellschaft" geben: Nebeneinander werden dort "normale" Beamte und in die Regelung einbezogene Truppenoffiziere arbeiten. Die erste Gruppe kann allenfalls mit 55 Jahren in einen unbezahlten Altersurlaub mit der Folge einer Kürzung der späteren Versorgungsbezüge gehen, erhält keine Abfindung und unterliegt strengsten Nebentätigkeitsbeschränkungen. Die "Frühpensionäre" können dagegen mit 45 bis 52 Jahren in den Ruhestand gehen, erhalten ein Ruhegehalt von 70 Prozent ihrer letzten Bezüge, eine zusätzliche Abfindung bis zu 42.000 DM, und sie können zudem ohne jegliche Beschränkung eine neue berufliche Tätigkeit aufnehmen. Neben den grundsätzlichen Bedenken gegen diese Art von Frühpensionierung befürchte ich, daß Manfred Wörner mit seinem Vorhaben noch nicht einmal die Zielgruppe im vollen Umfang erreichen wird, die er angeblich ins Auge gefaßt hat. Vermutlich wird die Bereitschaft, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, bei den Truppenoffizieren im Ministerium, die über gute Rüstungskontakte verfügen, besonders ausgeprägt sein. Dies kann nicht Ziel des Gesetzentwurfs sein.

(-/1.3.1985/va/ks)

+ + +



Ein Diktat des Rundfunks? -----

Die Unionsparteien marschieren weiter feste weg in die Privatfunk-Zukunft

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

CDU und CSU haben diese Woche zum erneuten Angriff auf sozialdemokratische Positionen in der Medienpolitik geblasen. Den Anfang machte Dieter Weirich am Montag mit der Vorlage eines Zehn-Punkte-Memorandums zur Medienpolitik. Wer davon ausgegangen war, daß dieses Papier gestalterische Vorschläge für eine Medienpolitik der Zukunft enthalten werde, sah sich getäuscht. Neben der Forderung nach höheren Investitionen für Kabelfernsehnetze enthält das Memorandum vorwiegend Angriffe auf die Medienpolitik der SPD-regierten Bundesländer und auf die öffentlich-rechtliche Rundfunkordnung. Da wird gegen die Werbung in den öffentlich-rechtlichen Anstalten polemisiert, ohne darauf einzugehen, daß deren Finanzierung dann durch entsprechende Gebühren gesichert werden muß. Da spricht man vom Diktat des Rundfunkmonopols der öffentlich-rechtlichen Anstalten, ohne daß dargelegt würde, wie man verhindern will, daß private Anbieter den Konsumenten manipulieren. Da wendet man sich gegen eine "Elektronische Elefantenhochzeit zwischen Westdeutschem Rundfunk und Westdeutscher Allgemeiner Zeitung", ohne daß etwas zu den Konzentrationsbemühungen von Springer, Burda und Bauer gesagt würde.

Auf ihrem medienpolitischen Kongreß am Mittwoch und Donnerstag bleiben die Aussagen der Unionsparteien dann größtenteils im allgemeinen. Die Einführung von privatem Rundfunk und Fernsehen wurde massiv gefordert. Es war viel die Rede vom mündigen Bürger, der einen Wettbewerb vieler Programme wolle, und von der Meinungsvielfalt, die dadurch hergestellt werde. Nachweisen, daß ein Mehr an Quantität auch ein Mehr an Qualität und Vielfalt bedeutet, konnte man jedoch nicht. Und auch der Bürger, der zwischen vielen Programmen wählen können will, existiert wohl eher im Wunschenken der Unionsparteien. Liest man sich die medienpolitischen Grundsätze, die auf dem Kongreß diskutiert werden sollten, nämlich aufmerksam durch, so stellt man fest, daß es der CDU/CSU darum geht, neue Medienmärkte erst noch zu schaffen und zu erschließen.



Dort, wo die Unionsparteien in ihren medienpolitischen Aussagen konkreter werden, wird deutlich, daß sie neue private Veranstalter eindeutig gegenüber dem bestehenden öffentlich-rechtlichen System bevorzugen wollen. Zwar werfen sie den Sozialdemokraten vor, den bereits erreichten Medienkompromiß wieder in Frage zu stellen, in Wahrheit sind aber sie es, die dies tun:

- Dies gilt für die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die sie strikten Auflagen unterwerfen wollen.
- Dies gilt für die Frage der Binnenpluralität, die sie im öffentlich-rechtlichen System gesichert wissen wollen, für private Veranstalter jedoch nicht ins Auge fassen.
- Dies gilt generell für den Bestand und die Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Systems. Hier gibt es zwar viele Lippenbekenntnisse der Union, in der Praxis wollen sie jedoch vor allem die Weiterentwicklung verhindern. Wie sonst wären die Angriffe auf eine mögliche Zusammenarbeit zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Veranstaltern zu erklären.
- Dies gilt für die Rundfunkfreiheit. Sie wird lauthals gefordert. Gemeint sind aber wohl vor allem die privaten Veranstalter, denen jede Freiheit eingeräumt werden soll. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten versucht man zu gängeln, wie gerade wieder am Beispiel des Deutschlandfunks klar gemacht worden ist.

Die Sozialdemokraten haben mit ihrem Essener Parteitagsbeschuß der technischen Entwicklung Rechnung getragen und sich dazu bekannt, daß auch private Veranstalter in der Bundesrepublik Deutschland zugelassen werden sollen. Eine derartige Zulassung soll aber mit Bedingungen verknüpft werden, die unverzichtbar sind. Dazu gehören vor allem:

- Eine finanziell gesicherte Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk,
- die Sicherung der notwendigen Binnenpluralität auch bei privaten Veranstaltern,
- die Vermeidung von überregionalen Doppelmonopolen (bei Print- und elektronischen Medien),
- die Begrenzung der Werbung auf das notwendige Maß.

Soll ein medienpolitischer Konsens zustande kommen, muß auch die Union zu Konzessionen bereit sein. Die SPD ist ihr auf diesem Wege schon weitgehend entgegen gekommen. (-/1.3.1985/va/ks)

+ + +



Die Metropole als Zukunftswerkstatt oder als statuarisches Monument? (Teil I)

Berlin rüstet sich auf seinen 750. Geburtstag, aber was gibt es eigentlich zu feiern?

Von Dr. Anke Martiny MdB

Große Projekte brauchen ihre Zeit. Als vor etwa 15 Jahren unabweisbar wurde, daß in Paris das Stadtviertel um die historischen Markthallen dringend saniert werden mußte, rafften sich Frankreichs Metropole und die Regierung des Staates zu einer wahrhaft revolutionären Tat auf: Das Centre Pompidou wurde geplant und gebaut, und es prägt jetzt den Charakter dieses Quartiers. Ein Zentrum mit werteverändernden Folgen. Ein moderner kultureller Mittelpunkt der Stadt, dessen Ausstrahlung die Bedeutung des gesamten Stadtviertels allmählich umkremelte. 25.000 Besucher täglich, davon 12.000 allein in die kostenlose Bibliothek, die von 12.00 bis 22.00 Uhr geöffnet ist, strömen in das immer noch etwas heruntergekommen wirkende, lärmende Quartier und zogen in den letzten Jahren eine Kette von kleinen Geschäften, Kunsthandwerk, Galerien, Bistros nach sich. Die Jugend gibt jetzt den Ton an.

Auch in Berlin war ein langer Zeitraum gegeben, innerhalb dessen die Vorbereitungen zur 750-Jahrfeier im Jahre 1987 Zug um Zug hätten getroffen werden können. Entscheidende Vorstufen, seit 1979 in der Öffentlichkeit weit unter Preis gehandelt, waren die Preußenausstellung 1981, bei der man den Gropius-Bau, jenes großartige frühere Kunstgewerbemuseum aus der späten Schinkelschule, wieder entdeckte und zu sanieren begann, außerdem aber der SPD-Senatsbeschluß, 1984 eine internationale Bauausstellung durchzuführen, um der Architektur in der Stadt auf den Gebieten der Stadtreparatur und der Stadterneuerung zukunftsweisende Impulse zu geben. Mit diesen präzisen sozialdemokratischen Vorgaben hätte sich der von der CDU geführte Senat 1981 zügig an die Arbeit machen können, um schon bei der nächsten, jetzt unmittelbar bevorstehenden Wahl 1985 beweisen zu können, wie außerordentlich das Geburtstagsjahr 1987 dann geraten würde.

Statt dessen geschah von der Senatsseite bis 1984 so gut wie nichts. Engagierte Berliner, Architekten, Stadtplaner, Kunsthistoriker und Sozialwissenschaftler ruhten aber nicht, sondern trieben in ihren Verantwortungsbereichen die Überlegungen voran. So plante die Technische Universität Berlin eine große Ausstellung und mehrere Kongresse zum Thema "Die Zukunft der Metropolen: Paris, London, New York, Berlin"; der engagierte Kleinverlag "Ästhetik und Kommunikation" veröffentlichte zwei Hefte zum "Mythos Berlin", von denen das erste sogar einer Würdigung im "Spiegel" teilhaftig wurde. Der unter dem SPD-Senator Sauberzweig ins Leben gerufene "Museumspädagogische Dienst" mischte sich genauso ein wie eine Gruppe von etwa 80 Autoren, die unter der Herausgeberschaft von Jochen Böberg, Tilman Fichter und Eckhart Gillen den Versuch unternahmen, "die Entstehung dieser für das ganze deutsche Reich vorbildhaften industriellen Metropole in Bildern und Texten darzustellen" (Klappentext): der erste Band, "Exerzierfeld der Moderne", liegt inzwischen vor, der zweite "Die Metropole", soll demnächst folgen (Fußnote: Exerzierfeld der Moderne: Industriekultur in Berlin im 19. Jahrhundert / herausgegeben von Jochen Böberg, Tilman Fichter, Eckart Gillen, München 1984). - Nicht vergessen werden darf schließlich ein kulturpolitischer Arbeitskreis der SPD, der zusammen mit einigen Aktiven beim August-Bebel-Institut, allen voran der Leiter des Bebel-Instituts und vormalige Senatsdirektor beim Wissenschaftssenator, Schattenfroh, gleichfalls daran arbeitete, für die 750-Jahrfeier der Stadt Berlin ein angemessenes Layout zu finden. Eine gehörige Anzahl dieser Experten ist an mehreren der genannten Initiativen beteiligt, so daß durch personelle Verflechtung eine Verstärkung der Einzelinitiativen erreicht wird. Alle diese Sachverständigen unterstützt von den Medien, drängten den Senat zu handeln. Aber der konzentrierte sich mehr auf die Hotelkapazitäten und "Sommernachtsträume".



Berlin erleidet seine Geschichte

"Teilnehmer und Besucher der 750-Jahrfeier werden die alte deutsche Hauptstadt, die heute den Westen des Ostens und den Osten des Westens darstellt, als Beleg für die Teilung der Welt erfahren. So wie in der Vergangenheit Berliner Daten häufig - im Guten wie im Bösen - Daten der deutschen Geschichte waren und nicht nur die Berliner betrafen, so geht auch die 750-Jahrfeier nicht nur Berlin an. Sie ist ein deutsches und ein europäisches Ereignis". So stand in einer Presseinformation des Senators für kulturelle Angelegenheiten vor einigen Monaten zu lesen. Der Senator hat damit Recht. Was er nicht so deutlich sagte: Berlin ist eine geteilte Stadt, und deshalb wird es in beiden Hälften gleichzeitig zwei Jubiläumsfeiern geben. Diese Problematik macht besonders gründliche Vorüberlegungen nötig, weil die Feier im Westteil der Stadt sowohl als Standortbestimmung der Teilstadt dienen und damit eine Perspektive für Berlin-West eröffnen und gleichzeitig aber der Gesamtaspekt "Berlin" glaubhaft als Option auf die Geschichte zu erkennen geben muß. Wie kann das geschehen? An dieser Frage werden sich alle die Zähne ausbeißen, die die 750-Jahrfeier Westberlins zu beurteilen haben werden.

Über mehrere Jahrhunderte dieser 750 Jahre Berliner Vergangenheit gibt es nichts Wesentliches zu vermelden. Noch im 18. Jahrhundert gleicht die Kolonialstadt in den einschlägigen Reisebeschreibungen "nicht einer Residenz, sondern einem Heerlager an der Grenze". Erst mit dem Eisenbahnbau in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts beginnt die industrielle Revolution, die sich allerdings durch die Assimilation der Fähigkeiten von rund 20.000 Hugenotten entsprechend vorbereitet hatte. Mit dem Berliner Maschinenbau und der Metallindustrie entsteht dann die industrielle Wende vom Manufakturwesen zur Großindustrie.

Im Jahr der ersten Berliner Volkszählung 1861 lebten in Berlin über eine halbe Million Menschen; 1875 waren es bereits 1,1 Millionen, um die Jahrhundertwende 1,9 Millionen, 1920 etwa 3,8 Millionen und kurz vor dem Zweiten Weltkrieg 4,3 Millionen.

Heute findet ein Bevölkerungszugang nur im östlichen Teil der Stadt statt, aus West-Berlin wandern Bürger ab. - Um die Jahrhundertwende war jenes "europäische Chicago" (so schrieb Mark Twain 1895) die modernste Stadt der Welt mit einem fantastischen innerstädtischen Schnellverkehrssystem aus elektrischen Straßenbahnen, Omnibussen, Hoch- und U-Bahn, Stadt-, Ring- und Vorortbahn. Stadttechnik und Stadthygiene waren zukunftsweisend, und die Berliner Industrie im Bündnis mit Wissenschaft, Technik, Militär und Kapital schaffte um die Jahrhundertwende den Durchbruch auf dem Weltmarkt. Nach den Bomben des Zweiten Weltkriegs und der Kahlschlagsanierung der 50er und 60er Jahre blieb immerhin das unterirdische Berlin mit seinen Verkehrssystemen und Versorgungsleitungen fast noch intakt, nur sieht und weiß das kaum jemand.

Was also gilt es zu feiern? Der vom Senator für kulturelle Angelegenheiten eingesetzte Experte, Ulrich Eckhardt, bei dem alle Fäden für die 750-Jahrfeier zusammenlaufen, drückt dies in seinem Vorwort zum Heft "Mythos Berlin" folgendermaßen aus: "Berlin ist als industrielle Metropole und als Hauptstadt der Moderne beinahe sprichwörtlich geworden für harten Realitätssinn, für profane Urbanität, mit denen sie die herrschaftlichen Ansprüche monarchischer, feudaler und faschistischer Selbstinszenierung immer wieder unterlief. Berlin verkörperte, wo es selbstbewußt war und sich im Einklang mit dem industriellen Fortschritt fühlte, stets großstädtische Eigenschaften; Berlin war ruppig und frech, nüchtern und schnell, war witzig auch noch in den sentimentalsten Regungen. Die Sehnsucht nach Überschaubarkeit und Geborgenheit fand keinen Halt; vielmehr sorgte der rasche Wechsel von Perspektiven und Lebensrhythmen für das Entstehen einer Weltläufigkeit, die Mobilität und Anonymität des Lebens zu einer neuen Art von 'Heimat' ausprägte. Das macht Berlin zum Teil noch heute so anziehend für Intellektuelle und Künstler, für ein unternehmerisches Bürgertum und für eine großstädtische Politik, für Abenteurer und für Erfinder, für Pioniere und Unbequeme, die aus der Behäbigkeit des Mittelweges aussteigen, macht Berlin also bedrohlich für kleinmütigen Provinzialismus, der immer wieder und bis heute Berlin auf seine Normen zurechtstutzen wollte." Man möchte ausrufen: Wenn diese Sichtweise sich nur durchsetzen



wollte! Wenn nur deutlich würde bei dem ins Haus stehenden Jubiläum, daß viele Aspekte der Situation Berlins etwas zu tun haben mit generellen Phänomenen der großen Metropolen, und daß die Probleme der Metropolen gleichzeitig auch immer mit ihrer besonderen Kreativität zusammenhängen; Metropolen sind nachgerade wesensmäßig auch Orte des Konfliktes und der zugespitzten Gegensätze; sie sind soziale Experimentierfelder und gleichzeitig Orte, wo Leitbilder sich ausprägen, die für die sich verändernde Gesellschaft Orientierungsfunktion haben.

Ost-Berlin mit seinem Teil an der 750-Jahrfeier tut sich vom Ansatz her weit leichter, denn im Grunde werden ja nur die heute in Ost-Berlin liegenden Teile Berlins im Jahre 1987 750 Jahre alt werden.

Das Original der Stadtgründungsurkunde liegt in einem "östlichen" Archiv: man wird es den Westberlinern kaum ausleihen. Das "eigentliche Berlin" gruppierte sich also um das Preußenschloß um die Nikolai-Kirche und die Petrikirche, Schlüter und der friderizianische Barock gaben den Ton an, und so kommt Westberlin bestenfalls die Rolle eines zweitklassigen Stadtteils im "eigentlichen Berlin" zu. Solche Sichtweise wird durch den Anspruch der DDR, Ost-Berlin als Hauptstadt zu sehen und als solche auszubauen, noch unterstrichen. Die DDR ist mit ihren diversen städtebaulichen Vorhaben nicht auf das Jahr 1987 fixiert, sondern sie setzt mit einem Bündel von städtebaulich wirksamen Maßnahmen zur "Entwicklung der Hauptstadt der DDR, Berlin, als politisches, wirtschaftliches und geistig-kulturelles Zentrum der DDR" (SED-Parteiprogramm von 1976) konsequent fort, was an Aufgaben bis 1990 beschlossen wurde. Seit 1984 wird in Ost-Berlin mit hohem Einsatz von Geld, Material und Arbeitskräften die historische Innenstadt wiederhergestellt, das Erbe des spekulativen Wohnungsbaus in den Arbeitermietenkasernen durch flächendeckende Stadterneuerung beseitigt und schließlich durch umfangreiche Neubauten am Stadtrand bis 1990 die Wohnungsnot quantitativ behoben. Es ist überhaupt nicht zu bestreiten, daß man sich im Westen der Stadt anstrengen muß, um zur 750-Jahrfeier eine verkehrte Welt zu verhindern: "Glanz im sonst 'grauen Osten', Tristesse im ansonsten so 'strahlenden Westen'" (Henrik Bussiek).

Warum werden eigentlich Städtegeburtsstage gefeiert?

Im Jahr der französischen Revolution hielt Friedrich Schiller in Jena seine akademische Antrittsrede zum Thema "Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?" Er entwickelte dabei aus der idealistisch gesehenen Universalgeschichte einen ebenso idealistisch verstandenen Anspruch, als Forscher den Strom der Geschichte in der Gegenwart und für die Gegenwart zu bewerten und zu gewichten. Darauf Bezug nehmend ließe sich fragen, warum eigentlich Städtegeburtsstage gefeiert werden. Einerseits natürlich, um ein historisches Resümee zu ziehen, zu versuchen, aus der Historie das herauszudestillieren, was die Gegenwart kennzeichnet und in ihr für darstellenswert gehalten wird. Andererseits soll ein solcher Geburtstag die Vergangenheit beleben, wachrufen, was in Archiven und Museen verstaubt, lebendig machen, was in Straßennamen, Häuserfassaden, Denkmälern, Planungsdaten an unbelebtem historischen Material vorhanden ist. Aus all diesem sollte sich dann ein Zukunftsentwurf ergeben, der das Geburtstagskind Stadt daraufhin befragt, was an Utopie und welcher Mythos eigentlich in ihm steckt.

"Die Zukunft Berlins ist nur zu gewinnen in der Bereitschaft, die Widersprüche ihrer Situation anzunehmen und die unterschiedlichsten geistigen Haltungen und Positionen, in denen diese Situation sich spiegelt, im Dialog auszutragen. Dies ist die gesellschaftliche Vermittlungsleistung, die die Metropole charakterisiert", so drückte der frühere Präsident der Technischen Universität Berlin, Starnick, aus, was ihm als Zukunftsentwurf vor Augen stand. Es fällt auf, daß die Vorhaben des CDU-Senats unter solcher Prämisse ziemlich sprachlos bleiben. (-/1.3.1985/va/ks)

+ + +

(Fortsetzung folgt am 4. März 1985)

